

er in dem Eintritt in ein *post-marktwirtschaftliches Zeitalter*, in der sich die Gesellschaft nicht länger am Markt, sondern an Gemeinschaftsaufgaben und Dienstleistungen orientiert. Durch den Ausbau eines ‚Dritten Sektors‘, der als Nonprofit-Bereich neben dem marktwirtschaftlichen und öffentlichen Bereich als Arbeitsplatzreservoir zur Verfügung steht, hofft er, die drohende Teilung und Kriminalisierung der Gesellschaft verhindern zu können. Die im ‚Dritten Sektor‘ Tätigen würden dabei über ein Sozialeinkommen entlohnt werden. Innerhalb dieses Sektors würden neue Beziehungen entstehen und Werte wie Solidarität, Verantwortung und Hilfsbereitschaft stärkere Bedeutung erlangen, die nach *Rifkins* Überzeugung die Grundlage des zukünftigen gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens sein sollten.

Rifkins Lösungsvorschlag ist in seinen Einzelementen nicht neu. Die Einführung eines Bürgergeldes und die stärkere Betonung von Gemeinschaftswerten haben schon andere Autoren gefordert. Bemerkenswert ist jedoch die *Infragestellung der marktwirtschaftlichen Orientierung* der Gesellschaft. Dadurch ist das Buch eine Bereicherung in einer Masse von Publikationen, die sich letztlich in ihrer großen Mehrzahl innerhalb der etablierten ökonomischen Paradigmen und Gesellschaftskonzeptionen bewegen. *Rifkins* Forderung nach einer grundlegenden gesellschaftlichen Umorientierung wird nicht durch das Festhalten an dominanten Paradigmen sowie Überlegungen zu gesell-

schaftlicher Mehrheitsfähigkeit beeinträchtigt. Dies interessiert Visionäre wie *Rifkin* nicht und macht ihn deswegen zunächst angreifbar. Doch haben solche Werke in der Vergangenheit zumindest neue Anregungen gegeben, Diskussionen bereichert oder neuartige Zusammenhänge aufgezeigt. Genau diesem Anspruch wird *Jeremy Rifkins* kunzweiliges Buch allemal gerecht.

Simone Klotzbach

- 1 H. A. Henzler und L. Späth, Sind die Deutschen noch zu retten? München 1993.

Winfried Schmähl und Herbert Rische (Hrsg.), Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – Handlungsspielräume nationaler Sozialpolitik, Nomos Verlag, Baden-Baden 1995, 214 S.

Der Band bafast sich mit dem richtigen Thema zum richtigen Zeitpunkt, denn die These von der „Globalisierung“, „Internationalisierung“ etc. der Ökonomie, welche nationalstaatliche Handlungsspielräume reduziert, ist in aller Munde. Diese These kommt insbesondere all jenen gelegen, denen nationalstaatlich fundierte politische Projekte immer schon ein Dorn im Auge waren. Der Sozialstaat ist wohl das wichtigste derartige Projekt. Es erstaunt daher nicht, daß die Diagnose, die Interna-

tionalisierung der Ökonomie führe zur Erosion des Sozialstaats, durchaus eine politische Rolle spielt.

Die Veröffentlichung dieses Bandes erfolgte in der Absicht, modifizierend auf diese Anschauungen zu wirken. Mit unterschiedlicher Gewichtung argumentieren alle Beiträge wie folgt: Die Internationalisierung von Wirtschaft und Politik wird zwar nicht in Abrede gestellt, aber in zweierlei Weise relativiert. Zum einen wird gezeigt, daß es sich dabei um eine kontinuierliche Entwicklung handelt, und daß es in den letzten Jahren keineswegs jenen *einen* fundamentalen Entwicklungsschub gegeben hat, von dem die aufgeregte einschlägige Publizistik berichtet. Und zum anderen wird deutlich, daß durch zunehmende Internationalisierung die soziale Sicherung keineswegs in Frage gestellt werden muß. Das letztgenannte Argument wird in dem Band an mehreren Stellen mit der These vom ökonomischen Nutzen der Sozialpolitik verbunden.

Rolf Jungnickel bietet nützliche Empirie zur Kontinuität der ökonomischen Internationalisierung und zeigt, daß hohe Lohnkosten nicht unbedingt zu Standortverlagerungen ins Ausland führen, und daß Standortverlagerungen nicht unbedingt Beschäftigungsverluste im Inland bedeuten. Damit ist der Kern des Arguments „Die Internationalisierung (zer)stört den Sozialstaat“ in Frage gestellt. Insofern ist der Beitrag von *Jungnickel* für den ganzen Band von zentraler Bedeutung. *Rolf Schuler* ergänzt dies, indem er den trotz EU-Integration verbleibenden rechtlichen

Handlungsspielraum für nationalstaatliche Sozialpolitik analysiert. Dabei scheint mir insbesondere sein Hinweis wichtig, daß nationalstaatliche Souveränität auf der Ebene der Rechtsprechung eingeschränkt wird, auf der Ebene der Rechtsetzung (durch das Erfordernis der Einstimmigkeit oder qualifizierter Mehrheiten) dagegen weitgehend erhalten bleibt.

Während sich diese beiden Beiträge mit den Rahmenbedingungen einzelstaatlicher Sozialpolitik befassen, betrachtet *Richard Hauser* einen wichtigen Bereich einzelstaatlicher Sozialpolitik eher von innen. Er liefert einen ausgezeichneten Überblick über die institutionelle Gestaltung der Alterssicherung und über die Einkommenssituation alter Menschen in den zwölf 'alten' EU-Mitgliedsstaaten. Dieser Beitrag bietet reichlich empirische Informationen, seine theoretische Ausstattung dagegen ist eher sparsam gehalten. *Hans-Jürgen Krupp* führt Außen- und Innenperspektive in einer europapolitischen *tour d'horizon* zusammen. In Stil und Ausdruck bietet er zugleich zu dem Beitrag von *Werner Tegtmeier* (Staatssekretär im BMA) über. Der Beitrag ist ein spannendes politisches Dokument. Einige Stichworte daraus: die ewige Wiederkehr der Sozialstaatskritik in Rezessionen, die Problematik der Belastung der Sozialversicherungen mit versicherungsfremden Aufgaben (Wiedervereinigung), die Möglichkeit der Schaffung eines subventionierten Niedrigproduktivitäts- und Niedriglohnssektors.

Der Beitrag von *Werner Maly* (Mitglied des Vorstands der Siemens AG) steht gewissermaßen quer zu den anderen Beiträgen. Maly liefert interessante Informationen zur Internationalisierung aus der Perspektive eines *global players*, zu den unternehmerischen Handlungsstrategien und den höchst anspruchsvollen interkontinentalen und intertemporären Koordinations- und Planungsproblemen. Er verdeutlicht – wohl eher ungewollt – aber auch die trotz eindrucksvoller Unternehmensgröße relativ engen Grenzen einzelwirtschaftlicher Rationalität. Ich habe den Beitrag auch deshalb mit Vergnügen gelesen.

Winfried Schmähl leitet den Band ein, *Herbert Rische* faßt am Ende zusammen. Über die übliche „Handreichungsfunktion“ von Einleitungen und Zusammenfassungen hinaus sind hier zwei Argumente erwähnenswert, deren Zusammenhang in Zukunft noch deutlicher gemacht werden könnte. Schmähl forciert eingangs das Argument vom ökonomischen Nutzen der Sozialpolitik, um der einseitigen Sicht auf Sozialpolitik als Kostenfaktor entgegenzuwirken. *Rische* bietet abschließend überzeugende Argumente gegen die Umstellung der Alterssicherung auf das Kapitalneckungsverfahren und verdeutlicht damit zugleich die ökonomischen Vorteile des Umlageverfahrens als Finanzierungsmechanismus der Alterssicherung.

Was bleibt zu kritisieren? Einige Schaubilder sind schwer zu lesen. Der Band ist sehr teuer.

Georg Vobruba

Werner Meißner, China zwischen nationalem „Sonderweg“ und universaler Modernisierung. Zur Rezeption westlichen Denkens in China, Fink, München 1994, 307 S.

In dieser höchst anregenden Habilitationsschrift des Sinologen und Politologen Werner Meißner wird der Frage nachgegangen, unter welchen geistig-kulturellen Voraussetzungen und auf welche Weise seit der Mitte des 19. Jhs. die Rezeption westlichen Denkens durch chinesische Intellektuelle erfolgte. Im Mittelpunkt des Interesses steht dabei der Prozeß des Hin-und-Herschwankens zwischen Ablehnung und Annäherung, der, wie der Autor zu zeigen versucht, häufig zur Herausbildung einer spezifisch chinesischen Abwehrideologie bzw. zu einer selektiven Integration westlichen Denkens in das traditionelle Weltbild führte.

Der Autor unterscheidet insgesamt fünf Phasen der Suche nach einem chinesischen „Sonderweg“ der Modernisierung: 1. Phase (Mitte des 19. Jhs. bis 1895): orthodoxe Rezeption im Zeichen einer sog. partiellen, konservativen Modernisierung; 2. Phase (1895 bis 1911): politische und institutionelle Reformversuche im Rahmen des monarchistischen Systems; 3. Phase (1912 bis 1949): Auseinandersetzung mit allen Aspekten westlichen Denkens, Debatten um die Möglichkeiten einer „Verwissenschaftlichung“ (*kexuehua*) und einer „vollständigen Verwestlichung“ (*quanpan xihua*) der chinesischen Kultur; Herausbildung des Sunyatse-nismus als Staatsideologie, die Kon-